



RAT DER
EUROPÄISCHEN UNION

Brüssel, den 12. Oktober 2004 (07.12)
(OR. fr)

14543/04

PUBLIC 9

VERMERK

Betr.: MONATLICHE AUFSTELLUNG DER RECHTSAKTE DES RATES
OKTOBER 2004

Dieses Dokument enthält

- in **Anlage I** eine Aufstellung der vom Rat im Oktober 2004 endgültig angenommenen Rechtssetzungsakte sowie in **Anlage II** die Protokollerklärungen, die der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden. In der Aufstellung sind auch etwaige Gegenstimmen und Stimmenthaltungen, Erklärungen zur Stimmabgabe sowie die Abstimmungsregel vermerkt;
- in **Anlage III** eine Aufstellung der sonstigen vom Rat im Oktober 2004 angenommenen Rechtsakte¹, in der gegebenenfalls auf Abstimmungsergebnisse, Erklärungen zur Stimmabgabe sowie Erklärungen hingewiesen wird, die gemäß Beschluss des Rates veröffentlicht werden.

Vorliegendes Dokument ist auch über die Internet-Site <http://ue.eu.int> unter der Rubrik "Transparenz"- "Rechtsakte des Rates" zugänglich.

Es sei darauf aufmerksam gemacht, dass ausschließlich die die endgültige Annahme der Rechtssetzungsakte betreffenden Protokolle maßgebend sind. Die Auszüge aus den betreffenden Protokollen können beim Dienst "Transparenz" über E-mail unter der Adresse transparency@consilium.eu.int angefordert werden.

¹ Mit Ausnahme bestimmter Rechtsakte von begrenzter Tragweite wie Verfahrensbeschlüsse, Ernennungen, Beschlüsse von durch internationale Übereinkünfte eingesetzten Organen, punktuelle Haushaltsbeschlüsse usw.

OKTOBER 2004			
ENDGÜLTIG ANGENOMMENE RECHTSETZUNGSAKTE	ANGENOMMENE TEXTE	ERKLÄRUNGEN	ABSTIMMUNG/ ERKLÄRUNGEN ZUR STIMMABGABE UND ABSTIMMUNGSREGEL
2606. Tagung des Rates (Beschäftigung, Sozialpolitik, Gesundheit und Verbraucherschutz) vom 4. Oktober 2004 Beschluss des Rates zur Einsetzung eines Ausschusses für Sozialschutz und zur Aufhebung des Beschlusses 2000/436/EG Beschluss des Rates über die Leitlinien für beschäftigungspolitische Maßnahmen der Mitgliedstaaten	12049/04 10072/04		Einstimmigkeit Qualifizierte Mehrheit
2607. Tagung des Rates (Verkehr, Telekommunikation und Energie) vom 7. Oktober 2004 Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates über die Zusammenarbeit zwischen den für die Durchsetzung der Verbraucherschutzgesetze zuständigen nationalen Behörden ("Verordnung über die Zusammenarbeit im Verbraucherschutz")	PE-CONS 3674/04	159/04, 160/04	Qualifizierte Mehrheit Stimmenthaltung DE, LU

OKTOBER 2004			
ENDGÜLTIG ANGENOMMENE RECHTSETZUNGSAKTE	ANGENOMMENE TEXTE	ERKLÄRUNGEN	ABSTIMMUNG/ ERKLÄRUNGEN ZUR STIMMABGABE UND ABSTIMMUNGSREGEL
2608. Tagung des Rates (Allgemeine Angelegenheiten und Außenbeziehungen) vom 11. Oktober 2004 Verordnung des Rates zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 2287/2003 hinsichtlich der Anzahl der Seetage für Fahrzeuge, die in der Nordsee Schellfischfang betreiben, und der Verwendung von Grundschleppnetzen in den Gewässern um die Azoren, die Kanarischen Inseln und Madeira	12425/04 + COR 1 (fi)	161/04, 162/04, 163/04	Qualifizierte Mehrheit
2610. Tagung des Rates (Umwelt) vom 14. Oktober 2004 Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates über Materialien und Gegenstände, die dazu bestimmt sind, mit Lebensmitteln in Berührung zu kommen und zur Aufhebung der Richtlinien 80/590/EWG und 89/109/EWG	PE-CONS 3676/04 + COR 1 (fi)	164/04, 165/04, 166/04	Qualifizierte Mehrheit
2612. Tagung des Rates (Wirtschaft und Finanzen) vom 21. Oktober 2004 Entscheidung des Rates zur Ermächtigung des Vereinigten Königreichs zur Einführung einer von Artikel 11 der Sechsten Richtlinie 77/388/EWG zur Harmonisierung der Rechtsvorschriften der Mitgliedstaaten über die Umsatzsteuern abweichenden Regelung	12667/04 + REV 1 (fi)		Einstimmigkeit

OKTOBER 2004			
ENDGÜLTIG ANGENOMMENE RECHTSETZUNGSAKTE	ANGENOMMENE TEXTE	ERKLÄRUNGEN	ABSTIMMUNG/ ERKLÄRUNGEN ZUR STIMMABGABE UND ABSTIMMUNGSREGEL
Entscheidung des Rates zur Ermächtigung Italiens zur Anwendung einer von Artikel 2 Absatz 1 der Sechsten Richtlinie 77/388/EWG zur Harmonisierung der Rechtsvorschriften der Mitgliedstaaten über die Umsatzsteuern abweichenden Regelung	12670/04 + REV 1 (sl) + REV 2 (lt)		Einstimmigkeit
Entscheidung des Rates zur Ermächtigung Portugals zur Anwendung einer von Artikel 21 Absatz 1 Buchstabe a und Artikel 22 der Sechsten Richtlinie 77/388/EWG zur Harmonisierung der Rechtsvorschriften der Mitgliedstaaten über die Umsatzsteuern abweichenden Regelung	12955/04		Einstimmigkeit
2613. Tagung des Rates (Justiz und Inneres) vom 25. und 26. Oktober 2004			
Verordnung des Rates zur Errichtung einer Europäischen Agentur für die operative Zusammenarbeit an den Außengrenzen der Mitgliedstaaten der Europäischen Union	10827/04	167/04	Einstimmigkeit
Rahmenbeschluss des Rates zur Festlegung von Mindestvorschriften über die Tatbestandsmerkmale strafbarer Handlungen und die Strafen im Bereich des illegalen Drogenhandels	7249/04 + REV 1 (fi)	168/04	Einstimmigkeit

OKTOBER 2004			
ENDGÜLTIG ANGENOMMENE RECHTSETZUNGSAKTE	ANGENOMMENE TEXTE	ERKLÄRUNGEN	ABSTIMMUNG/ ERKLÄRUNGEN ZUR STIMMABGABE UND ABSTIMMUNGSREGEL
Verordnung des Rates zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 2287/2003 zur Festsetzung der Fangmöglichkeiten und begleitender Fangbedingungen für bestimmte Fischbestände und Bestandsgruppen in den Gemeinschaftsgewässern sowie für Gemeinschaftsschiffe in Gewässern mit Fangbeschränkungen (2004)	9969/04 + COR 1 (en) + COR 2 (nl) + COR 3 (fr)	169/04	Qualifizierte Mehrheit
Verordnung des Rates zur Änderung der Verordnung (EWG) Nr. 337/75 über die Errichtung eines Europäischen Zentrums für die Förderung der Berufsbildung	12838/04 + REV 1 (lv)		Einstimmigkeit
Beschluss des Europäischen Parlaments und des Rates zur Änderung des Beschlusses 1999/784/EG des Rates über die Beteiligung der Gemeinschaft an der Europäischen Audio-visuellen Informationsstelle	PE-CONS 3682/04		Qualifizierte Mehrheit

ERKLÄRUNG 159/04**Erklärung der luxemburgischen Delegation**

"Luxemburg konnte die Verordnung über die Zusammenarbeit der Verwaltungsbehörden nicht unterstützen, auch wenn Luxemburg mit dem Hauptziel dieser Verordnung, nämlich einem erhöhten Schutz der Verbraucher bei innergemeinschaftlichen Verstößen, einverstanden ist.

In Luxemburg gibt es keinen Mechanismus zur Überwachung der Durchführung von Gesetzen durch Verwaltungsbehörden. Luxemburg wäre jedoch bereit gewesen zuzustimmen, wenn die Spielregeln klar und die Verwaltungsstrukturen einfach gewesen wären. Dies ist jedoch nicht der Fall.

In der Verordnung wird nämlich den verschiedenen nationalen Behörden die Befugnis übertragen, einen innergemeinschaftlichen Verstoß festzustellen, ohne dass präzisiert wird, nach welchem nationalen Recht das Verhalten eines Unternehmens, das im Binnenmarkt tätig ist, beurteilt wird. Bei zahlreichen Unternehmen kann daher jederzeit ein Verstoß gegen die Rechtsvorschriften des einen oder anderen Mitgliedstaats vorliegen. Ebenso ist bedauerlich, dass den nationalen Behörden gemäß Artikel 4 weit reichende Ermittlungs- und Durchsetzungsbefugnisse eingeräumt werden, ohne dass die Frage der Feststellung des innergemeinschaftlichen Verstoßes und deren Auswirkungen auf den ganzen Prozess der gegenseitigen Amtshilfe präzise genug geregelt ist."

ERKLÄRUNG 160/04

Erklärung der deutschen Delegation

"Deutschland unterstützt zwar die Bemühungen für einen verbesserten grenzüberschreitenden Verbraucherschutz, kann jedoch den Vorschlag für eine Verordnung über die Zusammenarbeit zwischen den für die Durchsetzung der Verbraucherschutzgesetze zuständigen nationalen Behörden aus folgenden Gründen nicht befürworten:

Eine erfolgreiche grenzüberschreitende Zusammenarbeit muss die jeweiligen nationalen Verbraucherschutzsysteme nutzen. Jeder Mitgliedstaat hat seinen eigenen Mechanismus entwickelt, um die Verbraucherinteressen so erfolgreich und so effizient wie möglich zu schützen. Das deutsche Verbraucherschutzsystem basiert auf starken privatrechtlichen Verbänden, denen es mit Hilfe von Gerichten gelingt, innerhalb kurzer Zeit, oft schon innerhalb weniger Tage, gegen Verstöße vorzugehen. Die deutschen Erfahrungen mit diesem System sind sehr gut; es trägt zur Vermeidung einer exzessiven Bürokratie bei.

Der überarbeitete Vorschlag beinhaltet das Risiko, dass das gut funktionierende deutsche System in grenzüberschreitenden Fällen nicht immer optimal genutzt werden kann. Grund dafür ist die Notwendigkeit, eine Übereinstimmung über die Einbeziehung privatrechtlicher Körperschaften zu erzielen. Deshalb gibt es keine Garantie dafür, dass die ersuchte Behörde autonom über die beste Vorgehensweise entscheiden kann, wenn die Voraussetzungen gegeben sind. Dies entspricht nicht dem Geiste einer Zusammenarbeit, die auf gegenseitigem Vertrauen beruht."

ERKLÄRUNG 161/04

Erklärung der Kommission

"Die Kommission nimmt zur Kenntnis, dass einige Delegationen in dem Bemühen um einen Kompromiss den Vorschlag als Übergangslösung akzeptieren, bis auf Grundlage des Vorschlags der Kommission KOM(2004) 58 für eine Verordnung zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 850/98 zum Schutz der Tiefwasserkorallenriffe vor den Folgen des Schleppnetzfangs in bestimmten Gebieten des Atlantiks eine dauerhaftere Maßnahme beschlossen wird. Bei den Beratungen über den letztgenannten Vorschlag wird die Kommission gemeinsam mit den Mitgliedstaaten anhand einer genauen topografischen Karte des Meeresbodens insbesondere prüfen, wie die Gebiete, in denen der Schleppnetzfang verboten sein soll, eingegrenzt werden sollen."

ERKLÄRUNG 162/04

Erklärung der portugiesischen Delegation

"Die portugiesische Delegation erklärt, dass Portugal dem vorgeschlagenen geänderten Verordnungsentwurf in dem Bemühen um einen Kompromiss zustimmen kann. Bei den Beratungen über den vorliegenden Kommissionsvorschlag zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 850/98 wird sie jedoch darauf bestehen, dass das geltende Schleppnetzverbot auch auf stationäre Kiemennetze in diesen Gebieten angewandt wird, um sicher zu stellen, dass nicht nur die Fischer der Gemeinschaft ein Auskommen haben, sondern auch diese Tiefseelebensräume geschützt werden."

ERKLÄRUNG 163/04

Erklärung der spanischen Delegation

"Die spanische Delegation stimmt der Annahme der Verordnung, mit der durch ein Verbot des Schleppnetzfangs vorläufig Schutzzonen in den Gewässern um die Kanarischen Inseln, die Azoren und Madeira eingerichtet werden, in Anbetracht der Tatsache zu, dass sich die Kommission verpflichtet hat, die Grenzen dieser Zonen in den Beratungen über den Vorschlag für eine Verordnung zur Änderung der Verordnung mit technischen Maßnahmen zum Schutz der Korallenriffe durch die Einrichtung von Verbotszonen für den Schleppnetzfang zu überprüfen.

Dabei vertritt die spanische Delegation die Auffassung, dass mit den neuen Grenzen ausschließlich solche Gebiete zu schützen sind, in denen nach einschlägigen wissenschaftlichen Informationen Korallenformationen existieren, die geschützt werden müssen."

ERKLÄRUNG 164/04

Erklärung der italienischen Delegation

"Italien begrüßt durchaus gemeinschaftliche Vorschriften über aktive und intelligente Materialien und Gegenstände. Allerdings ist nach Auffassung Italiens die Aufnahme einer Definition dieser Materialien und Gegenstände in den Vorschlag für die Rahmenverordnung, in der die allgemeinen Anforderungen an verschiedene Kategorien von Materialien und Gegenständen festgelegt werden, die dazu bestimmt sind, mit Lebensmitteln in Berührung zu kommen, nicht zweckmäßig, ohne dass die Charakteristika dieser Materialien und Gegenstände und die Modalitäten für deren Gebrauch präzisiert werden.

Die bislang in die Verordnung aufgenommenen Definitionen sind zu weit gefasst, da sie *de facto* die Entwicklung von Verpackungen und anderen Materialien und Gegenständen gestatten, deren praktische Verwendung schwierig ist und die mit dem Bestreben, die Qualität und die Genusstauglichkeit der vermarkteten Lebensmittel im letztendlichen Interesse des europäischen Verbrauchers zu schützen, kaum zu vereinbaren sind.

Ferner ist Italien der Auffassung, dass die Problematik der Kontrolle derart verpackter Lebensmittel und die Festlegung der Unternehmenshaftung bei Nichteinhaltung der gemeinschaftlichen und nationalen Lebensmittelvorschriften nicht ausreichend berücksichtigt wurden."

ERKLÄRUNG 165/04

Erklärung der Delegation des Vereinigten Königreichs

"Das Vereinigte Königreich erklärt unter Hinweis auf die beiden Fälle, in denen es Einwände gegen den Rückgriff auf Artikel 95 EGV als Rechtsgrundlage erhoben hat, dass seines Erachtens Artikel 95 EGV nicht die geeignete Rechtsgrundlage für diese Maßnahme darstellt. Das Vereinigte Königreich ist der Ansicht, dass stattdessen Artikel 308 EGV hätte herangezogen werden müssen."

ERKLÄRUNG 166/04

Erklärung der Kommission

Klarstellung zu Artikel 4 Absatz 2 zweiter Unterabsatz in Bezug auf die Etikettierungsvorschriften der Richtlinie 2000/13/EG

"Die Kommission weist darauf hin, dass Artikel 4 Absatz 2 zweiter Unterabsatz so zu verstehen ist, dass Stoffe, die absichtlich in aktive Materialien und Gegenstände eingebracht werden, um in Lebensmitteln freigesetzt zu werden, als Zutaten im Sinne des Artikels 6 Absatz 4a der Richtlinie 2000/13/EG gelten, auch wenn sie nicht „bei der Herstellung oder Zubereitung eines Lebensmittels verwendet“ werden.

Die Etikettierungsvorschriften der Richtlinie 2000/13/EG sind daher uneingeschränkt anwendbar.

Was speziell Materialien und Gegenstände betrifft, die beim Inverkehrbringen noch nicht mit dem Lebensmittel in Kontakt sind, so ist davon auszugehen, dass nach Artikel 15 Absatz 1e den Lebensmittelunternehmen zum Zeitpunkt der Herstellung oder Zubereitung des in das aktive Material oder den aktiven Gegenstand zu verpackenden Lebensmittels Name und Menge des oder der Stoffe bekannt sind, die im verpackten Endprodukt freigesetzt und vorhanden sein werden. Sie haben daher die entsprechenden Anforderungen der Richtlinie 2000/13/EG einzuhalten."

ERKLÄRUNG 167/04

Einseitige Erklärung des Vereinigten Königreichs

"Das Vereinigte Königreich erinnert daran, dass es gemäß den Protokollen über die Position des Vereinigten Königreichs und Irlands und über die Einbeziehung des Schengen-Besitzstands in den Rahmen der Europäischen Union das Recht hat, sich an der Annahme dieser Maßnahme zu beteiligen. Es bedauert, dass ihm dieses Recht verwehrt wurde.

Das Vereinigte Königreich wird sich konstruktiv an der 'operativen Zusammenarbeit' im Sinne von Artikel 12 der Verordnung beteiligen. Davon unberührt bleiben jedoch sein rechtlicher Status und sein Recht, im Einklang mit diesem Status die rechtlichen Maßnahmen zu ergreifen, die es für erforderlich hält.

Das Vereinigte Königreich stellt fest, dass der vom Rat beschlossene vorläufige Ausschluss Gibraltars aus dem Anwendungsbereich der operativen Zusammenarbeit zwischen dem Vereinigten Königreich und der Agentur angesichts des unter Absatz 1 beschriebenen Sachverhalts keine rechtlichen Bedenken in Bezug auf die Anwendung des EG-Vertrags auf Gibraltar aufwirft und diese unberührt lässt."

ERKLÄRUNG DES RATES

Erklärung des Rates

"Drogenhandel ist ein verabscheuungswürdiges Verbrechen, das der Rat mit allen denkbaren Mitteln entschlossen bekämpft. Der Rat verurteilt alle Formen des illegalen Drogenhandels und sieht in diesem Rahmenbeschluss einen ersten und sehr wichtigen Schritt in Richtung auf eine verstärkte Bekämpfung des illegalen Drogenhandels.

Der Rat betont, dass auf allen Ebenen entschieden gegen den illegalen Drogenhandel vorgegangen werden muss und dass zur Bekämpfung des illegalen Drogenhandels ein grenzübergreifendes, kohärentes Konzept erforderlich ist. Der Rat verweist in diesem Zusammenhang auch auf die Wechselwirkung zwischen den Rechtsvorschriften aller Mitgliedstaaten und unterstreicht die Bedeutung von Maßnahmen zur Verhinderung von *Drogentourismus*."

ERKLÄRUNG 169/04

Erklärung des Vereinigten Königreichs

"Das Vereinigte Königreich begrüßt und unterstützt den Vorschlag, die Beteiligung der Gemeinschaft an der Europäischen Audiovisuellen Informationsstelle bis 2006 zu verlängern. Das Vereinigte Königreich billigt die Abänderungen, die das Europäische Parlament in erster Lesung vorge schlagen hat. Gleichwohl ist das Vereinigte Königreich der Auffassung, dass sich einige der Abän- derungen des Europäischen Parlaments erheblich auf die Mittel der Europäischen Audiovisuellen Informationsstelle auswirken könnten. Das Vereinigte Königreich hat Bedenken, dass etwa Abände- rung 2 – sofern sie angenommen wird – dazu führen könnte, dass die Europäische Audiovisuelle Informationsstelle neue und anspruchsvolle Aufgaben in äußerst komplexen Bereichen übernimmt, die nach Ansicht des Vereinigten Königreichs über seine derzeitigen Mittel und Sachkenntnisse hinausgehen. Die Frage, ob solche – oder irgendwelche – neuen Tätigkeitsbereiche übernommen werden sollten, wäre eigentlich vom Exekutivrat der Europäischen Audiovisuellen Informations- stelle zu prüfen und zu entscheiden."

OKTOBER 2004	
SONSTIGE RECHTSAKTE	Veröffentlichte Abstimmungs- ergebnisse
2606. Tagung des Rates (Beschäftigung, Sozialpolitik, Gesundheit und Verbraucherschutz) vom 4. Oktober 2004 Beschluss des Rates zum Abschluss eines Abkommens zur Verlängerung des Abkommens über die wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit zwischen der Europäischen Gemeinschaft und der Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika Dok. 12596/04 Eisen- und Stahlerzeugnisse • Verordnung des Rates zur Änderung des Beschlusses Nr. 1469/2002/EGKS der Kommission über Einfuhrbeschränkungen für bestimmte Eisen- und Stahlerzeugnisse aus Kasachstan Dok. 11720/04 • Beschluss des Rates über ein Abkommen zwischen der Europäischen Gemeinschaft und der Republik Kasachstan zur Änderung des Abkommens zwischen der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl und der Regierung der Republik Kasachstan über den Handel mit bestimmten Eisen- und Stahlerzeugnissen Dok. 11722/04 Verordnung des Rates zur Einführung eines endgültigen Antidumpingzolls auf die Einfuhren von Seilen aus synthetischen Chemiefasern mit Ursprung in Indien Dok. 12155/04 Verordnung des Rates zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 176/2000 zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 1015/94 zur Einführung eines endgültigen Antidumpingzolls auf die Einfuhren von Fernsehkamerasystemen mit Ursprung in Japan Dok. 12349/04	Dagegen DK, FI, SV

OKTOBER 2004	
SONSTIGE RECHTSAKTE	Veröffentlichte Abstimmungsergebnisse
2607. Tagung des Rates (Verkehr, Telekommunikation und Energie) vom 7. Oktober 2004 Gemeinsamer Standpunkt des Rates im Hinblick auf den Erlass der Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates über die Meeresverschmutzung durch Schiffe und die Einführung von Sanktionen für Verstöße Dok. 11964/04 + COR 1 (fr) + COR 2 (da) + COR 3 (da) + REV 1 (pt) + REV 2 (sk) + ADD 1 + ADD 2 2608. Tagung des Rates (Allgemeine Angelegenheiten und Außenbeziehungen) vom 11. Oktober 2004 Beschluss des Rates zur Änderung seiner Geschäftsordnung Dok. 12712/04, 12708/04 + ADD 1 + COR 1 Gemeinsamer Standpunkt des Rates betreffend weitere Maßnahmen zur Unterstützung der wirksamen Ausführung des Mandats des Internationalen Strafgerichtshofs für das ehemalige Jugoslawien (ICTY) Dok. 8320/1/04 REV 1 + COR 1 (en) Verordnung des Rates über die Anwendung bestimmter restriktiver Maßnahmen zur Unterstützung der wirksamen Ausführung des Mandats des Internationalen Strafgerichtshofs für das ehemalige Jugoslawien (ICTY) Dok. 12477/04 Beschluss des Rates über die Unterzeichnung eines Partnerschafts- und Kooperationsabkommens zwischen den Europäischen Gemeinschaften und ihren Mitgliedstaaten einerseits und der Republik Tadschikistan andererseits Dok. 11803/04 + COR 1 (en) + COR 2 + COR 3 + COR 4 Beschluss des Rates über den Abschluss des Interimsabkommens über Handel und Handelsfragen zwischen der Europäischen Gemeinschaft und der Europäischen Atomgemeinschaft einerseits und der Republik Tadschikistan andererseits im Namen der Europäischen Gemeinschaft Dok. 11808/04	Dagegen EL, MT Stimmenthaltung ES, IT

OKTOBER 2004	
SONSTIGE RECHTSAKTE	Veröffentlichte Abstimmungsergebnisse
Beschluss des Rates über den Abschluss des Protokolls zum Interimsabkommen über Handel und Handelsfragen zwischen der Europäischen Gemeinschaft einerseits und der Republik Kroatien andererseits anlässlich des Beitritts der Tschechischen Republik, der Republik Estland, der Republik Zypern, der Republik Lettland, der Republik Litauen, der Republik Ungarn, der Republik Malta, der Republik Polen, der Republik Slowenien und der Slowakischen Republik zur Europäischen Union Dok. 9854/04 + REV 1 (sl) 2610. Tagung des Rates (Umwelt) vom 14. Oktober 2004 Beschluss des Rates über den Abschluss - im Namen der Europäischen Gemeinschaft - des Stockholmer Übereinkommens über persistente organische Schadstoffe Dok. 12649/04 + REV 1 (lt) + COR 1, 13192/04 Empfehlung des Rates zur Durchführung der Beschäftigungspolitik der Mitgliedstaaten Dok. 10081/04 + COR 1 (fr) Libyen - Gemeinsamer Standpunkt des Rates zur Aufhebung der restriktiven Maßnahmen gegen Libyen Dok. 12734/04 - Verordnung des Rates zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 3274/93 zur Verhinderung der Versorgung Libyens mit bestimmten Waren und Dienstleistungen Dok. 12764/04 2611. Tagung des Rates (Landwirtschaft und Fischerei) vom 18. Oktober 2004 Beschluss des Rates über die Erfüllung der Voraussetzungen des Artikels 3 des Zusatzprotokolls zum Europa-Abkommen zur Gründung einer Assoziation zwischen den Europäischen Gemeinschaften und ihren Mitgliedstaaten einerseits und der Republik Bulgarien andererseits betreffend die Verlängerung des in Artikel 9 Absatz 4 des Protokolls Nr. 2 zum Europa-Abkommen vorgesehenen Zeitraums Dok. 12374/04 + COR 1	

OKTOBER 2004	
SONSTIGE RECHTSAKTE	Veröffentlichte Abstimmungsergebnisse
Beschluss des Rates über den Abschluss der Abkommen zwischen der Europäischen Union und der Republik Island, dem Königreich Norwegen und Rumänien über die Schaffung eines Rahmens für die Beteiligung der Republik Island, des Königreichs Norwegen und Rumäniens an Krisenbewältigungsoperationen der Europäischen Union Dok. 12435/04 + COR 1 (pt), 13534/04 + ADD 1 2612. Tagung des Rates (Wirtschaft und Finanzen) vom 21. Oktober 2004 Beschluss des Rates zur Aufnahme der Verhandlungen über eine Vereinbarung über die Währungsbeziehungen zum Fürstentum Andorra Dok. 13278/04 Beschluss des Rates über das allgemeine Konzept für die Neuaufteilung von Ressourcen gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1267/1999 über ein strukturpolitisches Instrument zur Vorbereitung auf den Beitritt Dok. 12428/04 Verordnung des Rates über den Abschluss des Abkommens in Form eines Briefwechsels über die Verlängerung des Protokolls zur Festlegung der Fangmöglichkeiten und der finanziellen Gegenleistung nach dem Abkommen zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und der Republik Kap Verde über die Fischerei vor der Küste von Kap Verde für die Zeit vom 1. Juli 2004 bis zum 30. Juni 2005 Dok. 12357/04 Verordnung des Rates über den Abschluss des Protokolls zur Festlegung der Fangmöglichkeiten und der finanziellen Gegenleistung nach dem Abkommen zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und der Regierung von Mauritius über die Fischerei vor der Küste von Mauritius für die Zeit vom 3. Dezember 2003 bis zum 2. Dezember 2007 Dok. 12391/04 Gemeinsamer Standpunkt des Rates im Hinblick auf den Erlass der Entscheidung des Europäischen Parlaments und des Rates über ein einheitliches Rahmenkonzept der Gemeinschaft zur Förderung der Transparenz bei Qualifikationen und Kompetenzen (Europass) Dok. 12242/04 + ADD 1 + ADD1 COR 1 + ADD 1 COR 2 (sk) + ADD 1 COR 3 + ADD 1 COR 4, 13069/04	

OKTOBER 2004	
SONSTIGE RECHTSAKTE	Veröffentlichte Abstimmungsergebnisse
Gemeinsamer Standpunkt des Rates im Hinblick auf den Erlass eines Beschlusses des Europäischen Parlaments und des Rates zur Änderung des Beschlusses 1419/1999/EG über die Einrichtung einer Gemeinschaftsaktion zur Förderung der Veranstaltung "Kulturhauptstadt Europas" für die Jahre 2005 bis 2019 Dok. 12029/04 + ADD 1 + ADD 1 COR 1, 13070/04 2613. Tagung des Rates (Justiz und Inneres) vom 25. und 26. Oktober 2004 Beschluss des Rates zur Änderung des Beschlusses des Rates vom 27. März 2000 zur Ermächtigung des Direktors von Europol, Verhandlungen über den Abschluss von Vereinbarungen mit Drittstaaten und Nicht-EU-Stellen aufzunehmen Dok. 12371/1/04 REV 1 Birma/Myanmar • Gemeinsamer Standpunkt des Rates über zusätzliche restriktive Maßnahmen gegen Birma/Myanmar und zur Änderung des Gemeinsamen Standpunktes 2004/423/GASP Dok. 12792/04 • Verordnung des Rates über zusätzliche restriktive Maßnahmen gegen Birma/Myanmar und zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 798/2004 Dok. 12823/04 + REV 1 (en) Beschluss des Rates über den Abschluss eines Abkommens in Form eines Briefwechsels zwischen der Europäischen Gemeinschaft und dem Königreich Norwegen, das Protokoll Nr. 2 zum bilateralen Freihandelsabkommen zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und dem Königreich Norwegen betreffend Dok. 11827/04 Verordnung des Rates zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 499/96 zur Eröffnung und Verwaltung von Gemeinschaftszollkontingenten für einige Fischereierzeugnisse sowie lebende Pferde mit Ursprung in Island Dok. 10798/04	

OKTOBER 2004	
SONSTIGE RECHTSAKTE	Veröffentlichte Abstimmungsergebnisse
Verordnung des Rates zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 992/95 zur Eröffnung und Verwaltung von Gemeinschaftszollkontingenten für einige Agrar- und Fischereierzeugnisse mit Ursprung in Norwegen Dok. 10790/04 + REV 1 (fi) Verordnung des Rates zur Festlegung autonomer Übergangsmaßnahmen zur Eröffnung eines gemeinschaftlichen Zollkontingents für die Einfuhr von lebenden Rindern mit Ursprung in der Schweiz Dok. 11942/04 Verordnung des Rates zur Festlegung bestimmter Zugeständnisse in Form von Gemeinschaftszollkontingenten für bestimmte landwirtschaftliche Verarbeitungserzeugnisse für die Schweizerische Eidgenossenschaft Dok. 11998/04 Beschluss des Rates über die Unterzeichnung eines Kooperationsabkommens zwischen der Europäischen Gemeinschaft und dem Fürstentum Andorra im Namen der Gemeinschaft Dok. 12947/04 Beschluss des Rates über die Unterzeichnung und den Abschluss des Abkommens zwischen der Europäischen Gemeinschaft und der Schweizerischen Eidgenossenschaft über Regelungen, die den in der Richtlinie 2003/48/EG des Rates im Bereich der Besteuerung von Zinserträgen festgelegten Regelungen gleichwertig sind, und des dazugehörigen Einverständlichen Memorandums Dok. 6465/04 + COR 1 + COR 2 (en) + COR 3 + COR 4 (pt) + COR 5 (cz,et,hu,lt,lv,mt,pl,sk,sl) Beschluss des Rates über den Abschluss des Abkommens in Form eines Notenwechsels zwischen der Europäischen Gemeinschaft und der Schweizerischen Eidgenossenschaft über den Zeitpunkt der Anwendung des Abkommens zwischen der Europäischen Gemeinschaft und der Schweizerischen Eidgenossenschaft über Regelungen, die den in der Richtlinie 2003/48/EG des Rates vom 3. Juni 2003 im Bereich der Besteuerung von Zinserträgen festgelegten Regelungen gleichwertig sind Dok. 13162/04	

OKTOBER 2004	
SONSTIGE RECHTSAKTE	Veröffentlichte Abstimmungsergebnisse
Verordnung des Rates zur Ausweitung des mit der Verordnung (EG) Nr. 1796/1999 eingeführten endgültigen Antidumpingzolls auf die Einfuhren von Kabeln und Seilen aus Stahl mit Ursprung unter anderem in der Volksrepublik China auf die Einfuhren von aus Marokko versandten Kabeln und Seilen aus Stahl, ob als Ursprungserzeugnis Marokkos angemeldet oder nicht, und zur Einstellung der Untersuchung betreffend die Einfuhren von einem marokkanischen Ausführer Dok. 13242/04 + REV 1 (hu)	